

der General-Versammlung von Mößinger-Magdeburg ausgearbeitete

Resolution

zur Klagesache gegen den Senefelder-Bund wie folgt lautet:

Die 14. General-Versammlung des Deutschen Senefelder-Bundes erklärt zur Klagesache gegen den Senefelder-Bund:

Durch die Einleitung des Rechtstreites gegen den Senefelder-Bund und die folgenden Urteile aller gerichtlichen Instanzen wurde das bestehende Recht demokratischer Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit illusorisch gemacht. Aus diesem Grunde protestiert die General-Versammlung gegen das Urteil des Reichsgerichts, das nur erklärt werden kann bei Beachtung der immer mehr in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zutage tretenden Tendenz, der Arbeiterbewegung Schwierigkeiten zu bereiten.

Die General-Versammlung erklärt ferner: Der Senefelder-Bund hat sich stets auf dem Boden rechtlicher, demokratischer Grundsätze bewegt, dabei nicht nur die Rechte seiner Mitglieder gewahrt, sondern diese durch die Verschmelzung mit dem früheren Verein der Lithographen und Steindruckere erst sichergestellt.

Aus diesen Gründen weist die General-Versammlung die von der klägerischen Partei erhobenen Vorwürfe und bei den Klagebegründungen besonders scharf hervorgehobenen Unterstellungen mit aller Entschiedenheit zurück.

Obier, Leipzig gibt Bericht über die stattgefundenene Kommissionsverhandlung und teilte dann mit, daß die Kommission trotz langer Beratung sich nicht über einen gemeinsamen Vorschlag zur Statutfrage habe einigen können. Er verlas dann die folgende, von Barthel, Berlin abgefaßte Erklärung, der Verfechter des Berliner Vorschlages: »Die Vertreter von Berlin, München und Hannover können der Resolution Bauknecht nicht zustimmen. Die Kommissionsmitglieder haben sich durchweg im Prinzip für die Berliner Vorschläge erklärt. Ein Teil hielt es jedoch für notwendig, aus Zweckmäßigkeitsrücksichten zunächst noch einmal den Versuch zu machen, auf Grundlage der Einheitsorganisation weiter zu arbeiten und erst dann, wenn eine neue Klage angestrengt würde, die Berliner Vorschläge zur Durchführung zu bringen. Die Vertreter der genannten drei Städte sind der Meinung, da eine neue Klage bei Aufrechterhaltung der Einheitsorganisation mit gewerkschaftlichem Charakter, die der Rechtslage nicht entsprechen würde, unbedingt kommen wird, daß eine Operation in der von einem Teil der Kommission gewünschten Weise unpraktisch wäre. Wollte man sie trotzdem ausführen, weil man fürchtet, die Mitglieder für die Berliner Vorschläge nicht gewinnen zu können, dann wäre diese Stellungnahme eine Konzession an die Dummheit, die nicht mitgemacht werden darf.«

Lange, Berlin teilt mit, daß aus der Vormittagsdebatte noch 20 Redner in der Rednerliste stehen. Es wäre zu prüfen, ob man nach dem gegebenen Kommissionsbericht mit der Berliner Erklärung die alte Rednerliste noch aufrecht erhalte.

Domnik, Berlin beantragt, die Vormittags-Rednerliste zu kassieren und in eine neue Diskussion einzutreten.

Dem Antrage wird stattgegeben.

Bauknecht, Stuttgart trat hierauf für den Dringlichkeitsantrag des Hauptvorstandes ein, den er in einigen Punkten ergänzte. Er verwies ebenfalls auf das Urteil des Landgerichts Frankfurt, in dessen Begründung es heiße: »Die Mitglieder haben gegen die tiefgehende Aenderung des alten Statuts (§ 49) keinen Einspruch rechtzeitig erhoben, mithin haben sie die Bestimmung des § 49 stillschweigend genehmigt.« Hiernach sei die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht verboten. Nur müsse es, was auch der Hauptvorstandsantrag wolle, den ehemaligen Nurbundesmitgliedern freistehen, Mitglied der Gewerkschaftskasse zu sein oder nicht. Die gegenwärtige Mehrheit der Kollegen sei nicht zu bewegen, das gefährliche Berliner Experiment jetzt zu machen, er empfehle deshalb folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die General-Versammlung hält an dem Einheitsverband fest, unter Zugrundelegung der Bestimmung, daß die Neueintretenden gezwungen sind, allen Kassen zugleich beizutreten; während es den Mitgliedern, die vor der Verschmelzung (1. Juli 1905) nur dem Senefelder-Bunde angehören, freisteht, Mitglied der Gewerkschaftskasse zu sein. Eine schriftliche Erklärung, daß sie der Gewerkschaftskasse nicht angehören wollen, haben solche Mitglieder bis spätestens 1. Juli 1907 abzugeben. Nach diesem Zeitpunkt kann ein Austritt und Anschluß nur aus allen Kassen zugleich stattfinden, während ein Eintritt solcher Mitglieder, die jetzt der Gewerkschaftskasse nicht angehören, in dieselbe später jederzeit erfolgen kann.

Der Wochenbeitrag möge auf 1,20 Mk. für alle Kassen belassen bleiben, und zwar 30 Pf. für die Gewerkschaftskasse, 60 Pf. für die Allgemeine Unterstützungskasse (mit Reise-, Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung, sowie Sterbegelder) und 30 Pf. für die Invaliden- und Witwenkasse. — Wer von den alten Mitgliedern nur der Allgemeinen Unterstützungs- und der Invaliden-Kasse angehört, zahlt hiernach nur 90 Pf.; — wer

nur der Allgemeinen Unterstützungskasse allein angehört, 60 Pf. pro Woche.

Sollten wider Erwarten neue gerichtliche Schwierigkeiten entstehen, so ist hiermit der Hauptvorstand in Gemeinschaft mit der Kontrollkommission beauftragt, sofort die Liquidation in die Wege zu leiten und die Gründung eines neuen Verbandes zu veranlassen auf Grundlage der Berliner Vorlage mit allen bisherigen Unterstützungsarten bei einem Wochenbeitrag von 1,20 Mk.

Barthel und Müller, Berlin verteidigen wiederholt unter Hinweis auf die Urteile ihre Vorschläge, für die sich auch Wassermann, München erklärt. Sie weisen immer wieder besonders darauf hin, daß in der Einheitsorganisation nach den Vorschlägen des Hauptvorstandes es nur möglich sei, Streikbrecher wohl aus der Gewerkschaftskasse, nicht aber aus den Unterstützungskassen ausschließen zu können. Auf die Rechtsschutzvereiner brauche keine Rücksicht genommen zu werden.

Rudolf, Hamburg erklärte, er habe sich inzwischen durch die Ausführungen der Berliner Kollegen von den Vorzügen der Berliner Vorschläge überzeugen lassen.

Staufer, Bremen warnt vor einem Pakt mit den Leuten, die sich das Recht auf Streikbruch sichern wollen. Ein Sumpfweg führe niemals zum Ziel.

Fortsetzung folgt.

Verband der Lithogr., Steindr. und verw. Berufe, (Deutscher Senefelder-Bund).

Auf Grund des Beschlusses der General-Versammlung in Hannover ist der Posten des

Redakteurs

für die »Graph. Presse« neu zu besetzen. Der Sitz der Redaktion ist nach Berlin verlegt.

Befähigte Kollegen, welche sich unter näherer Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit in unserer Organisation und der sonstigen Arbeiterbewegung, für diesen Posten melden wollen; haben zunächst ihre Ansicht über

»die Aufgaben der Gewerkschaftspresse unter besonderer Berücksichtigung unseres Fachorgans«,

in einem Artikel niederzuschreiben und diesen mit der Bewerbung bis **20. Mai d. J.** an **O. Sillier**, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, einzusenden.

Der Hauptvorstand.

I. A.: **Otto Sillier.**

Korrespondenzen.

Hamburg. Die Firma John Pacher, Hamburg sucht gegenwärtig Maschinenmeister, da dort sämtliche Steindruckere gekündigt haben. Nun wird den anfragenden Kollegen ein autographisch vervielfältigter Brief der hiesigen Prinzipals-Vertreter im Tarifausschuß mitgeteilt, in welchem behauptet wird, die Kündigung des einen Kollegen (auf Grund deren sich die übrigen solidarisch erklärten) sei zu recht geschehen, auch sei unsererseits behauptet worden, die Kündigung des betreffenden sei auf seine Mitgliedschaft im Senefelder-Bund zurückzuführen. Wir stellen demgegenüber fest, auf Grund des Zeugnisses unserer Kollegen, daß die Kündigung infolge der im Pacher'schen Geschäft bestehenden mißlichen Verhältnisse zwischen organisierten und unorganisierten erfolgt ist, und verlangten deren Beseitigung; so lange dies nicht geschehen, ersuchen wir die Kollegen, dort nicht in Stellung zu treten.

Die Gehilfenvertreter im Tarifausschuß. **München** (Chemigr. u. Kupferdr.). In der außerordentlichen General-Versammlung vom 19. April wurde die Verwaltung des Bundes gleichzeitig als Verwaltung des Verbandes einstimmig gewählt. Nachdem über die General-Versammlung in Hannover schon in einer kombinierten Versammlung Bericht erstattet wurde, ging der Vorsitzende auf die den Chemigr. und Kupferdruckern besonders interessierenden Angelegenheiten nochmals ein und war man mit den Beschlüssen der General-Versammlung einverstanden. Geradezu empört war die Versammlung über den in No. 16 der »Gr. Pr.« erschienenen Artikel »Ueberläufer«, welcher direkt als berufsschädigend bezeichnet wurde. Daß damit das Gegenteil von dem bewirkt wird, was der Artikel vielleicht bezwecken sollte, ist klar; denn die Chemigr. werden in Zukunft recht vorsichtig sein, damit sie nicht noch mehr solcher »verkrachter Genies« von den Lithographen zu sich bekommen. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die außerordentliche General-Versammlung der Chemigr. Münchens spricht ihr Bedauern aus über den in No. 16 der »Gr. Pr.« enthaltenen Artikel »Ueberläufer«, welcher von perfiden Angriffen auf die Chemigr. trotz und erhebt

energisch Protest gegen eine derartige unsachliche Kampfweise.

Die Redaktion mußte nach der einigentlichen Aussprache auf der General-Versammlung zu Hannover diesem Artikel unbedingt die Aufnahme verweigern.

Stuttart II (Chemgr. u. Lichtdr.) Bei den in der General-Versammlung vorgenommenen Neuwahlen wurden folgende Kollegen gewählt: Chr. Gaupp, Vors., Böheimstr. 49; H. Stoll, Kreisvertr. f. Chemgr., Ostend-Str. 63; E. Mayer, Kreisvertr. f. Lichtdr., Schubartstr. 13; K. Stuft, Kass., Silberburgstr. 167 Hts.; K. Lutz, Arbeitsnachweisverwalter f. Chemgr., Marienstr. 36; H. Sohns, Arbeitsnachweisverwalter f. Lichtdr., Gablenberg, Pflasterackerstr. 16.

Anzeigen.

Negativ-Retuscheur,

durchaus tüchtig, für **Kupier** und **Zink** gesucht. Bewerber mit Angabe seitheriger Tätigkeit, Gehaltsansprüche und Zeugnisabschriften an [1,80] **Gebr. Klingspor**, Offenbach a. M.

Tüchtiger Maschinen-Positiv-Retuscheur,

der mit Aerograph Bescheid weiß, gesucht von **Ricnard Labisch & Co**, Berlin SW., Lindenstr. 69. [1,80]

Erster Nachschneider

gesucht, diejenigen mit Farbensinn werden vorgezogen. Off. mit Lohnanspr., Zeugnisabschr. u. Mustern an [1,80] **Kömmier & Jonas**, Dresden.

Zuverlässiger Strich-Aetzer,

militär-frei, sucht Stellung. Ende Mai eventl. auch früher. Off. erbeten an d. Exp. d. Bl. unter **Aetzer 84**. [0,75]

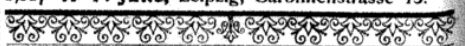
Zum sofortigen Eintritt suche ich mehrere tüchtige Farben-Aetzer.

Muster und Zeugnis-Abschriften unter Angabe der Gehaltsansprüche erbittet. [1,50] **Gustav Dreher**, Stuttgart.



Ich suche je einen tüchtigen Kopierer, Autoätzer, Andrucker

in dauernde Stellung. Nur durchaus tücht. Herren wollen sich melden bei [3,30] **H. F. Jütte**, Leipzig, Carolinenstrasse 15.



Perf. Auto-Punkt-Tiefätzer

bei gutem Lohn in dauernde Stellung zum sofortigen Antritt gesucht. **J. G. Huch & Co.**, G. m. b. H., [1,80] Graphische Kunstanstalten, Braunschweig.

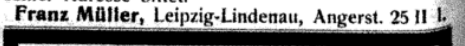
Teilhaber.

Zur Ausnutzung eines gesetzlich geschützten, gangbaren Gebrauchsartikels wird tüchtiger strebsamer Steindruckere eventl. Lithograph mit Kapital oder mit eigener Werkstatt gesucht. Für Schlesien und östliche Provinzen. Off. erb. **M. H. 55**, postl. **Küstrin**. [2,40]

Existenz für strebsamen Lithogr. oder Steindr.

Verkaufe meine seit 30 Jahren bestehende Steindruckerei (Handpressenbetrieb) mit Verlag, wegen hohen Alters und Krankheit. [1,80] Offerten befördert die Exp. unter No. 125

Gewarnt wird vor dem Aetzer **Karl Aspaus, Helsingfors**, der, nachdem er sich bei seinen Kollegen und anderweitig hat Betrügereien zu Schulden kommen lassen, plötzlich verschwunden ist. Um Angabe seiner Adresse bittet. **Franz Müller**, Leipzig-Lindenau, Angerst. 25 II.



Todes-Anzeige!

Letzte Woche verschied in Zürich unser langjähriges Mitglied

Ernst Syfrig, Chemigraph,

im Alter von 34 Jahren. Er ist uns stets ein guter Kollege gewesen und werden wir sein Andenken in Ehren halten.

Mitgliedschaft Göppingen i. Württbg.



Nach fast 1 1/2-jährigem Krankenlager verschied am Mittwoch, den 24. April, unser lieber Kollege

Hugo Geßner

im Alter von 39 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Zahlstelle Saalfeld des Deutschen Senefelder-Bundes.**

